

Für Esslingen in Berlin!

**Markus Grübel berichtet
aus dem Deutschen Bundestag**



Themen der Woche (26. – 30. Juni 2017)

- 1. Vorbereitung G20-Gipfel**
- 2. Schutz gegen Hass im Netz**
- 3. Gesprächskreis Hospiz**
- 4. Abstimmung über „Ehe für alle“**
- 5. Kurzbilanz der 18. WP**

1. Vorbereitung G20-Gipfel

Am 7. und 8. Juli findet der G20-Gipfel in Hamburg statt! In einer Regierungserklärung ist die Kanzlerin am letzten Donnerstag auf die wichtigsten aktuellen internationalen und europapolitischen Herausforderungen eingegangen. Das sind vor allem die Stärkung des internationalen Freihandels und Kampf gegen Protektionismus, die gemeinsame Herausforderung des Klimawandels sowie die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den südlichen Ländern.

Der G20-Gipfel wird nicht konfliktfrei verlaufen, das hat die Kanzlerin in ihrer Regierungserklärung deutlich gemacht. Gerade die multinationale Zusammenarbeit wird gegenwärtig von einigen Staaten in Frage gestellt. Es gibt Tendenzen zu Isolationismus und Protektionismus. Als starke Wirtschafts- und Exportnation ist das aus deutscher Sicht nicht wünschenswert.

Unser Ziel ist die Förderung von grenzüberschreitendem Handel und ökonomischer Integration. Dazu gehören auch Freihandelsabkommen. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass für die gemeinsamen Herausforderungen, wie Klimaschutz, Flucht, Migration und Armut, internationale Lösungen gefunden werden. Nur so wird es uns gelingen, eine stabile Weltordnung zu schaffen.

2. Schutz gegen Hass im Netz

Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz haben wir in dieser Sitzungswoche die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Betreiber großer sozialer Netzwerke effektiver ihrer bereits bestehenden Pflicht nachkommen, rechtswidrige Inhalte zu entfernen.

Jeder, der soziale Netzwerke nutzt, weiß, dass die dortige Debattenkultur teilweise aggressiv und beleidigend ist. Einige Nutzer fühlen sich durch die Anonymität im Netz geschützt und äußern sich in einer Art und Weise, wie sie es außerhalb der virtuellen Welt nicht tun würden. Hier muss man jetzt aber eine genaue Differenzierung treffen. Es gibt einerseits Äußerungen, die man als unschön empfindet, die aber nicht geltendes Recht verstoßen. Davon abzugrenzen sind Äußerungen, die nicht nur unschön sind, sondern auch gegen geltendes Recht verstoßen. In diesen Fällen müssen Betreiber von sozialen Netzwerken die Rechtsverletzungen, wie Volksverhetzung oder Verleumdungen, sofern sie davon Kenntnis haben, löschen. Leider kommen sie dieser Pflicht bislang nicht ausreichend nach. Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz verpflichten wir jetzt die Betreiber, ein wirkungsvolles System in Form eines Beschwerdemanagements aufzubauen. Dieses muss die Durchsetzung geltenden Rechts gewährleisten. Wir schaffen außerdem einen Anspruch auf Feststellung der Identität des Verletzers. Zukünftig wird das Bundesamt für Justiz beaufsichtigen, ob die Betreiber ihrer Pflicht nachkommen.

3. Gesprächskreis Hospiz

Am Donnerstag hab ich in meiner Funktion als Co-Vorsitzender des Interfraktionellen Gesprächskreises Hospiz zu einer letzten Sitzung in dieser Legislaturperiode eingeladen. Im Bereich der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland konnten wir in dieser Wahlperiode einen Meilenstein erzielen! Mit der Verabschiedung des Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung sowie dem Gesetz gegen geschäftsmäßige Sterbehilfe haben wir viel erreicht! Beide Gesetze gehören zusammen, denn sie machen deutlich, dass wir Sterbende und Schwerstkranke begleiten und alles dafür tun, dass die Würde des Menschen bis zuletzt geachtet wird.

Wir haben u.a. die finanzielle Ausstattung stationärer Kinder- und Erwachsenen-Hospize verbessert. Versicherte haben außerdem nun einen Anspruch auf individuelle Beratung und Hilfestellung durch die gesetzlichen Krankenkassen bei der Auswahl und Inanspruchnahme von Leistungen der Palliativ- und Hospizversorgung. Wir wollen besser aufklären, über das bestehende Angebot. Dabei sollen Krankenkassen auch allgemein über Möglichkeiten persönlicher Vorsorge für die letzte Lebensphase informieren, insbesondere zu Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsvollmacht.

Ich habe mich sehr gefreut, dass meine Landesgruppenkollegin, die Parlamentarische Staatssekretärin Annette Widmann-Mauz, trotz des Sitzungswochenstress am Gesprächskreis Hospiz

teilnehmen konnte und noch einmal auf die Erfolge dieser Wahlperiode einging und Fragen zur Umsetzung des Gesetzes zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung beantwortete. Die Vertreter der Hospizverbände und Palliativmediziner lobten sehr stark das Gesetz.

Wir haben dann gemeinsam über mögliche Aufgaben und Herausforderungen für die kommende Legislaturperiode diskutiert.



PStS Annette Widmann-Mauz, Markus Grübel und weitere Teilnehmer des Interfraktionellen Gesprächskreises Hospiz.

Das Thema wird auch in der Zukunft nicht an Bedeutung verlieren! Wir müssen weiterhin dafür sorgen, dass wir Pflegekräfte und Ärzte ausreichend qualifizieren und dass die Menschen genau wissen, welche Möglichkeiten sie haben und in Anspruch nehmen können. Das hilft auch dabei, Ängste und Sorge vor qualvollen und unerträglichen Schmerzen am Lebensende zu beseitigen.

4. Abstimmung über „Ehe für alle“

Die vergangene und letzte Sitzungswoche in dieser Legislaturperiode hat leider eines deutlich gemacht: Die Union regiert, die SPD hat sich komplett auf Wahlkampf eingestellt! Das hat zunächst mit den Äußerungen des SPD-Spitzenkandidaten bezüglich unserer Kanzlerin begonnen. Es gipfelte dann in der kurzfristig und höchst chaotisch eingebrachten Abstimmung über die sogenannte „Ehe für alle“ – diese Formulierung finde ich übrigens höchst irreführend.

Die SPD wusste am Dienstag noch nicht einmal über welchen Antrag abgestimmt werden soll. Ein unsinniger Antragsentwurf der SPD (Abg. Bülow u.a.) von Dienstagmorgen wurde am Dienstagabend wieder zurückgezogen.

Ich persönlich hätte ein dem Sachverhalt angemessenes Verfahren im Einvernehmen mit allen Fraktionen nach der Wahl, nach einer Anhörung zur Verfassungslage und unabhängig von Koalitionen bevorzugt. So hatten wir nicht einmal eine Stunde Zeit, um zu debattieren und dann abzustimmen.

Die Abstimmung war „übers Knie gebrochen“ und der Thematik überhaupt nicht angemessen und würdig. Dass die Abstimmung völlig überstürzt in dieser Woche noch erfolgen sollte, hatte allein wahltaktische Gründe. Der gewählte Zeitpunkt macht deutlich: Es ging nicht um die Sache, es ging um Wahlkampf! Das ist ein Vertrauensbruch der SPD.

5. Kurzbilanz der 18. WP

Die Bilanz der 18. WP fällt insgesamt positiv aus! Wir haben eine Rekordbeschäftigung, die geringste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung und einen ausgeglichenen Haushalt. Wir investieren hohe Summen in Bildung, Forschung und die Infrastruktur, also die zentralen Weichen für die Zukunft unseres Landes.

Es gab viele Herausforderungen in der vergangenen Wahlperiode, vor allem im Bereich der Innenpolitik. Das waren v.a. die Flüchtlingssituation sowie die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus. Dabei ist es uns gelungen, den enormen Zustrom von Flüchtlingen erfolgreich zu begrenzen und es wurde sichergestellt, dass sich diese Situation nicht wiederholen wird. Es wurden **drei umfassende Asylgesetzpakete** über die **Optimierung der Verfahrensabläufe** bei der Aufnahme bis hin zu einem gerechten finanziellen **Lastenausgleich zwischen Bund + Ländern auf den Weg gebracht, sichere Herkunftsländer definiert** und falsche Anreize abgebaut. **Zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus** haben wir **Personal- und Sachmittel** bei Sicherheitsbehörden aufgestockt und Informationserlangung und –austausch zwischen Bund und Ländern optimiert.

Wir als Union wollen auch weiterhin Verantwortung für die Bürger, für Deutschland übernehmen! Freiheit, Sicherheit, Wohlstand – das sind die zentralen Ziele. Jetzt heißt es, Ärmel hochkrepeln und um das Vertrauen der Wähler kämpfen.